

Bezugspreis:
Hietzfeldelei, 36. — M., monatl. 12. — M.
frei ins Haus, wocens zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 12. — M., einjährig für
Freiungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, des Saar- und
Pommerngebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 22. — M. Für
das übrige Ausland 24. — M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Buzenburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Hummel“ und der
Beilage „Erdkunde und Kleinanzeigen“
erschint wöchentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die neuangelegten Kompartimente
kosten 6. — M. „Kleine Anzeigen“
das selbige Wort 2. — M. (un-
läufig zwei selbige Worte), jedes
weitere Wort 1. — M. Stellenanzeigen
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1. — M., jedes weitere Wort
50 Hg. Wocht über 15 Tachleben
zahlen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Reile 3.00 M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zuerungsaufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schließzeit
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Montag, den 24. Oktober 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Karls Truppen zurückgeschlagen.

Karl von Habsburg hat den Vormarsch auf Budapest aufgenommen. Die ungarische Regierung, die mit Karl darin übereinstimmt, daß Ungarn von einem gekrönten Haupt regiert werden muß, und die nur in der Personen- und Zeitfrage mit ihm uneinig ist, begnügte sich zunächst damit, den Vormarsch durch Aufreißen und Verbarrikadieren der Eisenbahnhaltungen aufzuhalten. Erst nach dem Eingreifen der Großen und der Kleinen Entente bequeme sie sich dazu, der Streitmacht Karls, die schätzungsweise drei Divisionen umfaßt, und inzwischen in Buda-Pers angekommen ist, Regimentsgruppen entgegenzustellen. Es wurden Scharmügel geliefert, bei denen es Tote, Vermundete und Gefangene gab, und die durch ergebnislose Verhandlungen unterbrochen wurden. Die Regierungstruppen scheinen vorläufig die Oberhand gewonnen zu haben.

Aber es ist verhältnismäßig gleichgültig, welchen Ausgang dieses militärische Zwischenspiel nimmt. Das Hauptgewicht liegt in den Maßnahmen der Kleinen Entente. Die Meldungen von einem befristeten Ultimatum an die ungarische Regierung, das den Abtransport Karls binnen 48 Stunden fordert, widrigenfalls sich die Kleine Entente als im Krieg mit Ungarn befindlich betrachtet, entspricht nicht den Tatsachen. Ebenföwenig die Meldung, daß zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien oder zwischen Italien und der Kleinen Entente Meinungsverschiedenheiten bestehen. Tatsächlich sind sich vielmehr die Regierungen dieser Staaten vollständig klar darüber, daß mit dem Scheitern in Ungarn, der nun schon seit Jahr und Tag eine Gefährdung des Friedens in Mitteleuropa darstellt, endlich einmal aufgeräumt werden muß. Ohne eine militärische Intervention läßt sich das aber, wie die Erfahrung gelehrt hat, nicht erreichen. Da die Rückkehr Karls für die Kleine Entente ohne weiteres den Kriegsfall bedeutet, und da es nicht wahrscheinlich ist, daß sich Karl zu einem sofortigen Rückzug bewegen lassen wird, muß also damit gerechnet werden, daß die Kleine Entente in Ungarn einmarschiert. Die Vorbereitungen dazu sind im Gange. Wenn es auch nicht richtig ist, daß der tschechoslowakische Präsident die Einberufung sämtlicher Jahrgänge bis zum 32. Lebensjahr angeordnet hat, die erst nach Zustimmung des Parlaments anberaumt werden könnte, so steht doch fest, daß einige verfügbare Jahrgänge unter die Fahnen berufen worden sind und daß sowohl Jugoslawien als auch die Tschechoslowakei gewisse Truppenkontingente an der ungarischen Grenze konzentrieren und daß ein Einspruch Italiens gegen eine verbündete Aktion nicht zu erwarten ist. An der Aktion selbst wird sich Italien wahrscheinlich nicht beteiligen, da die Kleine Entente über genügende Truppen verfügt, um die Strafexpedition durchzuführen. Zweck dieser Aktion ist es, dem karlistischen Unfug ein für allemal ein Ende zu machen und Ungarn, das noch immer über Truppen und Waffen verfügt, die ihm dem Friedensvertrag gemäß nicht zustehen, zu entwaffnen.

Wien, 23. Oktober. (WIB.) Das Wiener Korrespondenz-Bureau meldet aus Budapest: Seit den frühen Morgenstunden ist in der Umgebung von Budapest eine Schlacht im Gange. Von Zeit zu Zeit hört man dumpfen Kanonendonner. Es verläuft, daß der Schauplatz der Schlacht bei Budaörs sei.

Budapest, 24. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die ungarische Regierung ist durch das Eintreffen von Truppen aus der Provinz in die Lage versetzt worden, die aufständischen Truppen unter der Anführung Karls zurückzuschlagen. Die Truppen des Kaisers wurden mehrere Kilometer zurückgedrängt und verloren dabei 9 Tote und eine Reihe von Verwundeten und Gefangenen. König Karl hatte neuerdings einen Parlamentär zur ungarischen Regierung geschickt mit der Bitte, den Kampf einzustellen und in Verhandlungen einzutreten. Nachdem aber die Bedingungen der Aufständischen unerfüllbar waren, sind diese Verhandlungen ergebnislos abgebrochen worden. Die Truppen Karls haben sich darauf von Budapest zurückgezogen und haben die Eisenbahnlinie zerstört. Die Regierungstruppen hatten eine Zeitlang keine Fühlung mit den Truppen Karls, doch scheint diese Fühlung wieder genommen worden zu sein. Nach allen bisher eingelaufenen Meldungen ist die Nacht in Budapest ruhig verlaufen, ebenso auf dem Lande, mit Ausnahme von Steinamarger, wo die Garafion Karl den Treueid leistete und eine Anzahl höherer Offiziere, die dies nicht machen wollten, verhaftet wurden.

Der Bericht der ungarischen Regierung.

Budapest, 24. Oktober. (WIB.) Ueber das neue Unternehmen des Kronprinzen Karl verbreitet das ungar. Telegr.-Korrespondenz-Bureau folgende zusammenfassende Darstellung: Die ungarische Regierung erfährt am Sonntagmorgen, daß König Karl mit Königin Zita

am Freitag in Debenburg angekommen war, die Uebernahme der Königsgewalt proklamiert und eine Regierung unter Führung von Stefan Rakoczy ernannt hatte. Ministerpräsident Graf Bethlen berief den Ministerrat zusammen, der einen Beschluß faßte, demzufolge König Karl auf Grund des Artikels 1 des Verfassungsgesetzes vom Jahre 1920 die Ausübung der Königsgewalt nicht übernehmen könne und das Land unverzüglich verlassen müsse. Die Regierung wurde in diesem Entschlusse bekräftigt durch die Erklärungen der Budapest Vertreter der Großen und der Kleinen Entente. Ministerpräsident Graf Bethlen unterrichtete davon wiederholt den Vertrauten des Königs Rakoczy telefonisch und wies auf die unabwendbaren Folgen eines etwaigen Einzugs des Königs in Budapest hin. Doch antwortete Rakoczy stets mit Drohungen.

Die Regierung strebte eine unmittelbare Verständigung mit dem König an. Um ihm den Ernst der Lage klarzulegen, entsandte sie Sonnabend abend den Kultusminister Wagh, der ein Schreiben des Reichsverwesers Horthy überbrachte, in dem sich der Reichsverweser auf die Vaterlandsliebe des Königs berief und ihn zu bewegen suchte, das Land nicht ins Verderben zu stürzen. Diefem Schreiben war auch die Note der Entente und die Befehle des Standpunkts der Kleinen Entente beigelegt. Wagh wurde nicht zum König vorgelassen.

Indessen setzten die aufständischen Truppen den Vormarsch gegen Budapest unter Führung des Obersten Behar und des Majors Ohtenburg fort. Die Regierung wollte sie ohne Blutvergießen aufhalten und ließ daher die Schienen aufreißen, die jedoch durch die Ohtenburgische Vorhut wiederhergestellt wurden. So erreichten die Aufständischen Budaörs, die Regierung war daher gezwungen, energische Maßnahmen anzunehmen. Nach einem erfolglosen Gegenstoß bei Budaörs wurden wieder friedliche Mittel versucht, und General Hegedues, der sich in der Umgebung des Königs befand, wurde nach Budapest gebeten, um sich persönlich von der Lage zu überzeugen.

In Budapest wurde General Hegedues in Anwesenheit des Ministerpräsidenten durch den englischen Gesandten Hohler über den Standpunkt der Entente und der Kleinen Entente unterrichtet. Der Ministerpräsident hat ihn, dem König wahrheitsgetreu zu berichten und ihn zur Wenderung seines Vorhabens zu überreden. Hegedues lehnte zum König zurück. Da jedoch keine Antwort erfolgte, mußten militärische Maßnahmen getroffen werden, um die Gefahren eines Handreichs abzuwenden. Die Regierung schied die Verantwortung dafür denjenigen zu, die bereit waren, aus selbstthätigen Gründen das Vaterland in den Abgrund zu stürzen.

Ueberreichung der Ententennote.

Budapest, 24. Oktober. (WIB.) Die Vertreter der alliierten Hauptmächte überreichten der ungarischen Regierung eine Note, in der unter Berufung auf den Schritt am 3. April 1921 der Beschluß des Völkerrates vom 4. Februar 1920 in Erinnerung gebracht wird, demzufolge die Restauration eines Habsburgers den Frieden gefährde. Die ungarische Regierung wird daher neuerdings aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Entfernung des Königs zu unternehmen.

Der Minister des Auswärtigen, Graf Banffy, teilte den Vertretern der alliierten Hauptmächte mit, daß die ungarische Regierung in dem heute vormittag abgehaltenen Ministerialrat beschloffen habe, daran festzuhalten, daß König Karl die Herrscherrechte in Ungarn derzeit nicht übernehmen könne und daher das Land unverzüglich verlassen müsse. Die ungarische Regierung habe zu diesem Zwecke alle Maßnahmen getroffen.

Den Johann vorsprechenden Vertretern Rumäniens, Südslowakiens und der Tschechoslowakei wiederholte Graf Banffy diese Erklärungen.

Mangelhafte monarchische Solidarität. Aus München meldet WIB.: Die Ueberführung der Leiche des früheren Königs Ludwig von Bayern nach München, muß wegen der augenblicklichen politischen Lage in Ungarn auf unbestimmte Zeit verschoben werden.

Wilde Haufe an der Berliner Börse.

An der heutigen Berliner Börse wurden Dollarnoten im Hinblick auf die unklare innerpolitische Lage bei steigenden Kursen gesucht. Im Verlaufe der ersten Stunde wurde ein Kurs von etwa 173 erreicht. Am Effektenmarke entwickelte sich eine stürmische Haufe. Bemerkenswert ist die starke Nachfrage nach Bankaktien, die im Zusammenhang mit verschiedenen Fusionsgerüchten steht. Deutsche Bank gewannen rund 100 Proz. Die Spekulation bekundet neuerdings auch stärkeres Interesse für die Aktien der in der gemischten Zone liegenden oberschlesischen Werke. Man spricht von großen ausländischen Käufen. So sollen sich die Italiener für Kottowitzer Bergbauaktien interessieren.

Polenlieder — Polenpolitik.

Von Friedrich Stampfer.

In diesem Augenblick, in dem der polnische Imperialismus, siegreich nicht auf dem Schlachtfeld, aber am Diplomatentisch, sich ansetzt, abermals auf deutsches Land den Fuß des Eroberers zu setzen, mag es manchem unpassend erscheinen, wenn daran erinnert wird, daß das Verhältnis zwischen Polen und Deutschen nicht immer so war, wie es heute ist. Aber da wir in Jörn und Schmerz nicht gleich die ganze Geschichte und die deutsche Literatur dazu verbrennen können, die wir vielleicht noch zu anderen Zwecken brauchen, läßt sich nun einmal die Erinnerung an diese alten Zeiten nicht auslöschen.

Nach dem Polenaufstand von 1830 und seiner blutigen Niederwerfung durch den Zaren Nikolaus gab es in deutschen Landen kaum einen Dichter, der den Freiheitskampf Polens nicht in hallenden Rhythmen gefeiert, und kaum ein Bürgerhaus, das sich den polnischen Flüchtlingen verschlossen hätte. Das deutsche Bürgertum, dessen letzter Barde jetzt die Ausdörrung und wirtschaftliche Vernichtung Polens als höchstes Ziel deutscher Politik verkündet, lebte damals in einem wahren Rausch der Polenbegeisterung. Wie nachhaltig diese Stimmung wirkte, zeigt sich an dem Umstand, daß das liberale Bürgertum im Jahre 1848 bereit war, Teile des preußischen Gebiets freiwillig zu opfern, um zwischen Preußen und das Zarenreich einen Pufferstaat zu legen. Damals schrieb die „Königliche Zeitung“:

Der Wille der deutschen Nation hat sich unzweifelhaft für die Wiederherstellung Polens ausgesprochen. Auch Preußen wird einen Teil seiner Bräder polnischen Ursprungs aufgeben müssen und wollen, um des großen Zieles willen, ein Zwischenglied zwischen sich und Rußland aufzurichten.

Das Verhältnis zu Polen machte dann später, sicher nicht ohne Mitschuld der Polen, eine jähe Wendung nach dem entgegengesetzten Extrem. Erst im Weltkrieg begannen sich die deutsche Politik wieder daran zu erinnern, daß das polnische Volk, obgleich als Staatsvolk ausgebildet, eine Realität und ein politischer Faktor geblieben war, und mit noch schnellerer Wendung als einst entdeckte man wieder die alten Sympathien. Jetzt sind es gerade fünf Jahre her, daß die im Osten siegreichen Mittelmächte durch die Proklamation von Warschau den ersten entscheidenden Schritt zur Herstellung des selbständigen Polen unternahmen, das, einmal auf die Beine gestellt, selbstverständlich nicht daran denken konnte, die polnische besiedelten Teile Preußens unter preußischer Hoheit zu belassen.

Hätte das siegreiche Deutschland Polen gegeben, was es von Rußland wollte, so war zwei Jahre später das siegreiche Frankreich auf Kosten Deutschlands nicht weniger freigebig. Es hätte sehr vieler Klugheit von Seiten des jungen States bedurft, um Verzicht zu üben und sich in der Erwerbung deutschen Gebietes sozial Beschränkung aufzuerlegen, daß eine dauernde Vergiftung des Verhältnisses zum westlichen Nachbarn vermieden wurde. Polen hat diese Klugheit nicht besessen, es hat genau so gehandelt, wie unter ähnlichen Umständen unsere altdeutschen Länderverfälscher gehandelt haben würden, die ja gleichfalls der Meinung waren, daß man bei gebotener Gelegenheit nehmen müsse, was man kriegt, und mehr schlucken müsse, als was man verdauen kann.

Die blinde Politik Frankreichs, die ihre Sicherung darin suchte, daß sie Deutschland und Polen zu ewigen Feinden machte, hat diesen Eifer noch angefeuert. Denn man sich in die Haut eines polnischen Staatsmannes, so kann man sich vorstellen, daß zu einer Politik der weisen Beschränkung mehr politischer Verstand erforderlich gewesen wäre, als augenblicklich in ganz Europa aufzutreiben ist.

Wollten wir darum heute die Hymnen auf Polen aus unserer Literatur ausmerzen und sie durch Haffgesänge ersetzen, so wäre das ein kurzichtiges und — wer weiß? — vielleicht auch kurzlebige Beginnen. Wer zitiert heute noch gerne Lissauers Haffgesang gegen England? Damals hatte uns England noch nicht unsere Kolonien, unsere Schiffe, unsere Kabel weggenommen, hatte es noch nicht unseren politischen Einfluß aus der ganzen Welt mit eisernem Befehl weggeführt, aber heute, nachdem dies geschehen ist, möchten hochherzige Albion glauben, und Herr Stresemann, der „mit der Uhr in der Hand“ Englands Vernichtung erwartete, wartet jetzt mit der Uhr in der Hand, bis er beim englischen Botschafter vorgelassen wird.

Womit gar nichts gegen die durchaus löbliche Befehrerung des völksparteilichen Führers von seiner kindischen Englandfresserei gesagt, sondern nur bewiesen werden soll, wie rasch nationaler Haß und nationale Liebe Objekt und Richtung ändern.

Solche Erfahrungen ermutigen uns selbst bei ungünstigster Konjunktur zu der Prophezeiung, daß wir unser Verhältnis auch zu Polen schließlich nicht von auf- und abwandelnden Gefühlen, sondern von unseren wohlüberlegten Interessen bestimmen lassen werden. Die Ausdörrungsartik

des Herrn Theodor Wolff sind mit bewährter Eleganz geschrieben, aber sie sind zeitgenössische Lyrik, nicht Politik. Das deutsche Volk hat kein Interesse daran, von Bettlern umgeben zu sein, an deren Rot es sich weidet, sondern wenn es wieder hochkommen will, braucht es wohlhabende Nachbarn, mit denen es in regem wirtschaftlichen Verkehr steht.

Und Oberschlesien? Wollen wir unsere Liebe zu diesem unglücklichen Land beweisen, indem wir, nachdem es zerrissen worden ist, ruhig zusehen, wie es verblutet? Der Kampf um Oberschlesien, um die Seele des ober-schlesischen Volkes, ist noch nicht zu Ende, er ist aber zu unseren Ungunsten entschieden in dem Augenblick, in dem wir uns interessellos von seinen weiteren Geschicken abwenden. Gäbe es ein Mittel, den Spruch von Gens zu revidieren, welcher Deutsche wollte es nicht ergreifen? Gibt es aber ein solches Mittel nicht, dann haben wir die Pflicht, den letzten Rest aller Möglichkeiten zu erschöpfen, um den Bewohnern des abgetrennten Gebiets zu einem erträglichen Dasein zu verhelfen. Sich den Verhandlungen über Oberschlesien auf der letzten noch möglichen Grundlage entgegen, das heißt in Wirklichkeit Oberschlesien aufgeben! Und wenn unsere Heberdeutschen solche Resignationspolitik als die einzig „nationale“ predigen, so vollenden sie nur das Werk ihrer militärischen Halbgötter, die am 28. September 1918 plötzlich nach Waffenstillstand schrien, und alle Warnungen, daß dies die Preisgabe des deutschen Ostens bedeute, überhörten.

Wir haben bis Donnerstag Zeit. Fällt uns bis dahin kein Mittel ein, Oberschlesien zu retten, so müssen wir den Verhandlungskommissar zur Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse benennen, wie es in der Pariser Note gefordert wird.

Die „Zentralkommission der freien Gewerkschaften, Schlesiens“ und das Bezirksamt des UDB für Oberschlesien veröffentlichen in unserer schlesischen Parteizeitungen einen Aufruf an die Arbeiter, Angestellten und Beamten, in dem sie auffordern, die abzutretenden Gebiete nicht zu verlassen, sondern nur der Gewalt zu weichen.

Ungelöste Regierungskrise.

Nachdem sich die Demokraten in ihrer Angst der Volkspartei an den Hals geworfen hatten, ist über Nacht zwischen diesen beiden Parteien selbst eine ernste Schwierigkeit entstanden. Die Volkspartei will nämlich keinen Kommissar zu den Verhandlungen mit Polen entsenden, weil das eine Anerkennung der geforderten Landabtretung in sich schließt. Die Demokraten aber wissen, daß eine Regierung der breiten Mitte, die keinen Kommissar benennt, von vornherein eine Unmöglichkeit ist und daß die Industrie in ihrem eigenen Interesse die Aufnahme der Verhandlungen wünscht. Jetzt sind Beratungen zwischen Demokraten und Volkspartei im Gange, um ein Kompromiß zu schaffen: Die Benennung des Kommissars soll gleichzeitig mit einer Erklärung erfolgen, die besagt, daß diese Benennung keine Anerkennung der Gensler Entscheidung bedeute.

Dabei ist vollständig übersehen, daß auch nach einem solchen Kompromiß die Schwierigkeiten noch nicht beseitigt wären, sondern erst beginnen würden. Zunächst ist noch sehr zweifelhaft, ob das Kompromiß für die Sozialdemokratie annehmbar wäre. Aber auch in diesem Falle müßte erst klargestellt werden, ob die Deutsche Volkspartei bereit ist, den Göttinger Beschluß anzuerkennen. Darüber würden Verhandlungen notwendig sein, die vielleicht gleich zu Beginn scheitern könnten oder aber sich schwierig und zeitraubend gestalten würden.

Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß das Gelingen oder Mißlingen der verbreiterten Koalition lediglich von dem Ausgang der Verhandlungen zwischen Volkspartei und Demokraten abhängt. Die Situation ist noch immer so unklar, wie sie im Augenblick der Demission war.

Daß bis zum Mittwoch eine neue Regierung da sein wird, ist also ganz unwahrscheinlich. Bis dahin muß aber entschieden sein, ob der Kommissar ernannt wird oder nicht.

Die Baronin.

Von Peter Scher.

Seit mir die Republik haben, sieht man die alte Baronin nur noch in unmöglichen Kostümen herumlaufen. Mit Vorliebe bemüht sie sich in eigener Person zum Grüntrambändler, wo es nicht selten geschieht, daß sie im Laden vor den entzückt aufhorchenden herrschaftlichen Köchinnen der Nachbarschaft ihr bedrücktes Herz entlastet.

Ihr Groll gegen die Republik ist grenzenlos. Die Republik ist an allem schuld.

Daß die Wasserleitung immer gerade am Abend, wenn die Baronin einschlafen will, plötzlich quillt und singt — das sich ihr Dackelhund Prinz die Nase eingeklemmt hat —, daß sie ihre Vorrede jetzt manchmal gar nicht finden kann, daß ihre Uhr nicht richtig geht, daß die Koffertrolle öfter als zu Zeiten der Monarchie verstopft ist —, man mag sagen, was man will: irgendwie ist es doch der republikanischen Staatsform zur Last zu legen.

Jemand macht eine zweifelhafte Geste. Die Baronin ist erbittert.

„Sehen Sie hier,“ ruft sie aufgebracht, indem sie mit spitzen Fingern den Rock ihres schon wirklich fast unbefehlbaren Gewandes hochhebt. So geht eine Dame im Zeitalter der glorreichen Republik über die Straße!

Alle bilden neugierig und betroffen nach dem alten Fegen. Die Baronin tobt diesen Moment des Triumphes mit unendlichem Behagen aus. Dann schnippt sie den erlittenen Rock verächtlich mit den Fingern weg, und es geht wie ein Ruck durch ihren Körper, so daß er zu wackeln scheint.

Mit erhobener Stimme fährt sie fort: „Dabei habe ich einen sonnen Schrank voll seidener Kleider zu Hause!“

„Na also —!“ fährt es einem schlichten Kleinbürger heraus, der im Hintergrund mit Stöhnen der Rede belgewartet hat —, „was will sie denn überhaupt!“

Aber schon steht die Baronin dem Erschrockenen dicht vor der Nase und blinzelt ihm an, daß ihm himmelangst wird.

Und nachdem sie geblickt hat, donnert sie auch schon los: „Kein einziges von den seidenen Kleidern kommt mir auf den Leib, eh' wir nicht unsern König wieder haben! Daß Sie es wissen, Mann!“

„Dann freilich!“ — sagt der Mann, von der Wucht ihrer Argumente eingeschüchtert, und während die alte Baronin erhobenen Hauptes hinausgeht, treten eilig die herrschaftlichen Köchinnen zusammen, um die Preiswürdigkeit von Republik und Monarchie gegeneinander abzumägen.

Schutz der Naturdenkmäler. Die ersten Bestimmungen zu gesetzlichem Schutz der Naturdenkmäler, die auf Grund der im vorigen Jahre ergangenen Erweiterung des Feld- und Forstpolizeigesetzes

und das kann nicht durch eine in Demission befindliche Regierung oder durch ein Geschäftsministerium, dessen Plan noch immer herumschwebt, geschehen, ohne daß der Reichstag befragt wird. Es ist daher mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß der Reichstag am Mittwoch zusammengetreten wird, wie immer dann es mit der Regierungstrategie steht.

Vom SP.-Dienst wird uns hierzu geschrieben:

Die Krise spitzt sich ständig zu. Es sind zwischen den Deutschdemokraten und der Deutschen Volkspartei Verhandlungen im Gange, die auf ein Stück Komödie hinauslaufen. Die beiden Parteien suchen eine Formel für einen Protest gegen die Entscheidung von Gens, der ihnen aber gleichzeitig die Möglichkeit gibt, der Entscheidung der Kommissare zu den Wirtschaftsverhandlungen zuzustimmen. Unsere Fraktion hat den bürgerlichen Parteien keinen Zweifel darüber gelassen, daß ihr die Situation zu Komödien zu ernst ist. Die Fraktion ist der Ansicht, daß die Entsendung der Kommissare zugleich auch die Anerkennung der Entscheidung bedeutet. Ferner hat unsere Fraktion den bürgerlichen Parteien mitgeteilt, daß die gleichzeitige Umbildung der preussischen Regierung für uns von entscheidender Bedeutung ist. Der Reichspräsident Ebert will die Deutschdemokraten und die Deutsche Volkspartei in den frühen Nachmittagsstunden zu einer klaren Entscheidung drängen. Die bürgerlichen Parteien suchen immer wieder der Forderung unserer Partei auszuweichen, daß bei der Umbildung oder Umbildung der Regierung auch schon die Klärung über die Steuerfrage herbeigeführt werden muß.

Sowohl im Zentrum wie bei den Demokraten zielen noch immer einflussreiche Kreise darauf hin, ein Geschäftsministerium aus Staatssekretären zu bilden. Man denkt daran, den jetzigen Reichsverkehrsminister Gröner vorübergehend zum Reichskanzler zu machen. Die Sozialdemokratie denkt natürlich nicht daran, etwas derartiges mitzumachen. Einer solchen Regierung würden wir unsere Opposition ansagen.

Im Laufe des Sonntags hatten Einzelbesprechungen der Parteiführer beim Reichspräsidenten stattgefunden. An diesen Empfängen waren alle Parteien, von den Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei, beteiligt. Zu einem positiven Ergebnis führten diese Besprechungen nicht.

Was wird gewünscht?

Unser Standpunkt, daß es eine unverantwortliche Handlung war, das Reichskabinett in einer kritischen Situation zu stürzen, ohne ein neues Kabinett auch nur in Umrissen in Aussicht zu haben, bestätigt sich, wenn man die Pressestimmen zum Rücktritt der Reichsregierung in Augenchein nimmt. Wir sind ausnahmsweise einmal in der Lage, einen Satz der „Deutschen Tageszeitung“ zu bestätigen, die schreibt:

Im Lager der derzeitigen Koalitionsparteien herrscht die denkbar größte Verwirrung.

Will man sich in der Presse der beiden bürgerlichen Mittelparteien, Zentrum und Demokraten, die doch das Kabinett Wirth zum Rücktritt gezwungen haben, Klarheit darüber verschaffen, was denn nun nach dem Willen dieser Parteien eigentlich geschehen soll, so stößt man auf etwa ebensoviel Meinungen, wie man Blätter zur Hand nimmt.

Die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, verhält sich vollkommen zurückhaltend. Die Frage der Verbreiterung des Kabinetts bezeichnet sie als „offen und wohl auch nicht ganz geklärt“. Sie schreibt weiter:

Es wird nun abzuwarten sein, wer mit der Kabinettsbildung zum Reichspräsidenten betraut wird und auf welchem Boden er seine Aufgabe zu lösen versuchen wird.

Wir müssen sagen: Dieser passive Standpunkt ist uns nicht ganz begreiflich. Eine Partei, die erst den Rücktritt des Kabinetts verlangt, kann sich nicht dann als das artige Kind gebärden, das abwartet, womit der gute Nikolaus es überraschen wird! Das Zentrum selbst ist verpflichtet nach dem, was es getan hat, den Weg aus der jetzigen Krise zu

erlassen werden konnten, sind jetzt vom preussischen Unterrichts- und Landwirtschaftsministerium ausgegangen. Die eine stellt eine längere Reihe von Tieren und Pflanzen unter Schutz: zum Beispiel von niederen Tieren die Sumpfschildkröte, von Vögeln für das ganze Jahr den schwarzen und den weißen Storch, einige Adler und Falken, für gewisse Jahreszeiten mehrere Wasser- und Sumpfvögel, von Säugetieren den Biber, von Pflanzen alle Arten des Bärkapp, die Eibe, die Wassernuß, die Stranddistel.

Eine weitere Verordnung erklärt das Neandertal im Regierungsbezirk Düsseldorf zum Naturschutzgebiet. Das Neandertal ist aus den Funden vorgeschichtlicher Menschen bekannt geworden, aber auch landschaftlich hervorragend. Steinbrüche und Gewerbebetriebe gefährdeten es in seinem Bestande. Während Preußen bisher zurückstand, konnten Bayern und Baden schon seit längerer Zeit durch Landesgesetz solche Bestimmungen erlassen.

Deutsch-amerikanischer Studentenaustausch. An der Harvard-Universität in Cambridge ist eine Einrichtung getroffen, die für die Förderung des deutsch-amerikanischen geistigen Austauschs erhebliche Bedeutung gewinnen kann. Die Universität hat sich für 10 Jahre bereit erklärt, eine Anzahl sorgfältig ausgewählter deutscher Studenten, bis zu 5 im Jahre, die vom preussischen Unterrichtsministerium empfohlen werden, in allen Abteilungen der Universität von den regelmäßigen Unterrichtsgebühren zu befreien. Da diese Gebühren je nach den Unterrichtsabteilungen über 100 Dollar jährlich betragen, so darf darin eine wesentliche Erleichterung des Studiums an der Harvard-Universität besonders für solche Studierende erblickt werden, die sich einem tieferen Studium auf einem einzelnen Sondergebiet widmen wollen.

Sehr schön. Aber wer bezahlt den Unterhalt?

Der kostspielige Rebel. „Der Londoner Rebel“ kostete das Land Jahr für Jahr ein gut Teil mehr als die Summen, die selbst in heutiger Zeit für die Unterhaltung der Arbeitslosen ausgegeben werden,“ erklärte ein Vertreter des Ausschusses, der das Problem der Reinigung der Londoner Luftverhältnisse prüfen soll, kürzlich einem englischen Journalisten. „Es ist unmöglich, genaue Ziffern in dieser Beziehung zu nennen, aber der Aufwand, den der Rebel unmittelbar notwendig macht, ist jedenfalls ungeheuer. Ich verweise hier nur auf die Kosten für Wäsche, Hausputzen und Anstreichen, für Mehrverbrauch an Gas und Elektrizität. Dazu treten der Zeitverlust, die Unfälle, die der dicke Rebel verursacht, und besonders die Gesundheits-schädigung, die uns veranlaßt, über Mittel und Wege nachzudenken, wie der Plage begegnet werden könne. Tausende von Menschenleben gehen zugrunde, weil sie die ungesunde Luft ständig einatmen müssen. Immerhin haben sich die Verhältnisse in London schon etwas gebessert. Der Durchschnitt der Niederschlagsmenge an Ruh und Staub ist von 4440 Tonnen, den er im Jahre 1916 erreichte, 1921 bereits bis auf 3000 Tonnen zurückgegangen. Aber es kann und muß noch viel besser werden. Entfallen doch selbst an diesen sonnigen Herbsttagen 27 000 Rauch- und Staubteilchen auf 2½ Quadratcentimeter Luft.“

zeigen. Wenn die „Germania“ neben der ätzenden Betrachtung einen rückschauenden Artikel über die Tätigkeit des Kabinetts Wirth bringt, der die Frage, ob die Politik des Kabinetts Wirth falsch gewesen sei, mit einem „glatten Nein“ beantwortet und ausdrücklich betont:

Die Politik Wirths war richtig trotz der schlimmen Erfahrungen mit Oberschlesien,

dann muß man doch daraus folgern, daß die „Germania“ die Wiederkehr dieser richtigen Politik, d. h. die Wiederkehr des alten Kabinetts Wirth verlangen müßte.

Das demokratische „S. L.“ fordert dagegen mit aller Entschiedenheit die Verbreiterung der Koalition nach rechts:

Die Demokraten zeigen keine Lust, die bisherige Koalition mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie wiederherzustellen. . . Ihre positive Mitarbeit an der neuen Regierung wollen sie von dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Koalition abhängig machen. Wir sind der gleichen Meinung. . . Es wäre ein Fehler, wenn die Demokratische Partei sich, sofern die Volkspartei nicht mitmachen wollen, in ein leeres Schiff setzen wollte, um mit geblähten Segeln eines bedenkenlosen Optimismus auf das hohe Meer zu segeln. Dann wäre es schon besser, den Linksparteien das Steuerruder allein zu überlassen und den weiteren Gang der Entwicklung abzuwarten.

Trotz dieser stark „geblähten“ Sprache bedeutet diese Taktik nichts als eine Wiederholung der schon früher angewandten Methode, im Augenblick der kritischen Verantwortung abzuspringen und die Hände in Unschuld zu waschen.

Auffälligerweise steht nun aber das andere Hauptorgan der Demokraten in Berlin, die sonst gegenüber dem „S. L.“ als weiter rechts gerichtet geltende „Voss. Jtg.“ auf dem gerade entgegengesetzten Standpunkt, nämlich, daß die Deutsche Volkspartei selber den Eintritt in das neue Kabinett durch ihre Erklärung unmöglich gemacht hat. Denn wenn die neue Regierung verhandelt, dann ginge es nicht, daß das Ausland auf Erklärungen der Regierungsparteien hinweisen könnte, auf Grund derer die Ernsthaftigkeit ihrer Verhandlungsabsichten bezweifelt werden könnte. Nach der „Voss. Jtg.“ ist die Deutsche Volkspartei durch ihre Erklärung automatisch aus allen Koalitionskombinationen ausgeschieden. Während also das eine Demokratenorgan schreibt: „Nur mit der Deutschen Volkspartei“, schreibt das andere: „Nur ohne die Deutsche Volkspartei“, und hierin spiegelt sich die Klarheit der demokratischen Politik.

Will das „S. L.“ eventuell den Linksparteien die Regierung überlassen, um selber die Verantwortung los zu sein, so will die „Freiheit“ sie umgekehrt den Rechtsparteien zunächst anbieten. Sie schreibt:

Die bürgerlichen Parteien haben gegen die Sozialisten diese Krise herbeigeführt, ihnen ist die Lösung der Krise zu überlassen.

Freilich meint die „Freiheit“ dann selber, daß dieselbe Angst, die die bürgerlichen Parteien jetzt das Kabinett Wirth stürzen ließ, sie auch verhindern wird, die Regierung zu übernehmen, wenn die Arbeiterschaft sie ihnen allein überläßt.

Aber die „Freiheit“ will doch die Probe aufs Exempel machen und bezeichnet die Verhinderung einer solchen Klarstellung als das schlimmste, was jetzt geschehen könne.

Die Rechtspresse begnügt sich im allgemeinen, diesem Meinungschaos vergnügt zuzusehen. Sie betont nur immer wieder, daß Wirth nicht wiederkehren dürfe. Wenn die Deutschnationalen auch noch keine direkte Beteiligung an der Regierungsgewalt erhoffen, so zeigt sich doch in der Sprache ihrer Blätter, daß sie sich bei dem Rücktritt des Kabinetts Wirth als die eigentlichen Sieger fühlen.

Die Lage in Portugal ist noch nicht geklärt. Die revolutionäre Regierung soll einen linksdemokratischen Charakter haben. Von anderer Seite erklärt man sogar, daß die Bewegung einen bolschewistischen Charakter habe und auf die Errichtung einer Sowjetrepublik Portugal hinarbeite. General Conza soll mit seinen Truppen auf Portugal marschieren, um das neue Regime zu beseitigen.

Die Eisenbahn als Amphibium. In Belgien werden gegenwärtig Probefahrten mit einem Eisenbahnzug gemacht, der auch im Wasser die auf Schienen begonnene Fahrt fortsetzen kann. Der Amphibienzug ist für den an Flüssen und Seen reichen belgischen Konno bestimmt. Er besteht aus einer Lokomotive, die eine Anzahl Wagon-Boote zieht, von denen jedes einen Fassungsgehalt von 15 bis 20 Tonnen hat. Der vollständige Zug kann bis 300 Tonnen Nutzlast befördern.

Bei den in Petit-Willebroeck ausgeführten Probefahrten sah man den Zug geräuschlos auf Schienengleise ins Wasser gleiten, in dem er dank seinen Schrauben schwamm, um dann wieder auf das Festland heraufzusteigen. Die Lokomotive und jeder Wagon sind an beiden Seiten mit Schwimmbojen ausgerüstet, die durch einen Balken verbunden sind. Auf dem festen Land hält sich der Zug auf einer Schiene im Gleichgewicht. Im Wasser schwimmt er, durch die Schrauben angetrieben, mit seinen Seitenschwimmern. Der gleiche Motor, der auf dem Land die Räder treibt, bewegt auch im Wasser die Schrauben.

Grünes Mondlicht. Die Theorie des amerikanischen Astronomen Pickering, nach der die Möglichkeit eines reichen Pflanzenlebens auf dem Mond vorhanden sein soll, mußte berechtigter Zweifel erregen, da man bisher allgemein der Ansicht war, daß es kein Leben auf dem Mond gebe. Der Berliner Astronom Le Morvan hat denn auch sofort in französischen Blättern Pickering geantwortet und die ungeheuren Gebiete von grüner Farbe, die nach dem Beginn des Mondtages zu sehen sind, auf ganz andere Weise erklärt. Nach ihm sind diese grünen Töne, die das Mondlicht durchspielen, nicht auf das rasche Heranwachsen einer reichen Vegetation zurückzuführen, sondern er glaubt, daß dieses Grün von den Sonnenstrahlen herkommt, die von zahllosen spitzen Kristallen und halb durchsichtigen Felsen rund um die vulkanischen Gebiete herum zurückgeworfen werden. Nach seiner Ansicht ist das Grün nur zu sehen, wenn die Sonnenstrahlen den Mond in einem sehr spitzen Winkel treffen, und wenn die Sonne im Verlauf des Mondtages immer höher steigt, verschwindet die Farbe. Jedenfalls verbreiten sich die grünen Stellen über ungeheuer große Gebiete des Mondes in so wenigen Minuten, daß es ganz unmöglich sei, anzunehmen, es könnten sich da so schnell Pflanzen entwickeln und wieder absterben. Die „vulkanischen Ausbrüche, Schneefürne, Nebel und Wolken“, die Pickering auf dem Mond gesehen haben will, kommen nach Le Morvan von Bewegungen der Weltatmosphäre her.

Prähistorische Funde. Auf einem Hügel in der Nähe des Montic Mario, im Reichthum von Rom, sind bei Straßensarbeiten Überreste eines Dorfes aus prähistorischer Zeit entdeckt worden. Es handelt sich um ein Dorf aus der ersten Eisenzeit, die sich aus der Bronzezeit. Die Funde sind für die Erforschung der Zeit der Urbewohner des römischen Gebietes von großer Bedeutung. — In Rossnow bei Köslin ist bei einer Wasserwerkstätte ein Urnenfeld aufgedeckt worden, das etwa 40 Quadratmeter groß ist und sich unter der Erde befindet. Leider sind die ersten Urnen zerstört, die bisher ausgegraben aber ziemlich gut erhalten geborgen worden. Außer den Urnen fand man auch Teile von Eisen- und Bronzegeräten.

Groß-Berlin

Sturm und Regen.

Bevorstehende Aufklärung.

Der „ewige Sommer“, der uns benutzte schien, ist sehr schnell den rücksichtslos einsetzenden Herbststürmen gewichen. Es war kein sanfter Übergang und die Frühauflöser des sonnigen Berlin fanden den Ausfühler der Elemente im besten Gange. Sturm zeitliche Regen, Baumstöße trachten, herabstürzende Blumentöpfe und Dachziegel machten die Straßen unsicher. Die Feuerwehr wurde mehrere Male infolge des Sturmes alarmiert. U. a. noch der Leipziger Straße und dem Spittelmarkt, wo große Fenster von Geschäftsräumen zertrümmert waren und andere auf die Bürgersteige zu stürzen drohten. Die Wehr nagelte mehrere, da die Räume von innen verschlossen und nicht zugänglich waren, von außen zu. An vielen Stellen wurden Dächer abgedeckt und Schornsteine stark beschädigt.

Das Berliner Wetterbureau

berichtet uns auf Anfrage folgendes über die augenblickliche Wetterlage: Die starken Regengüsse des gestrigen Tages sind durch ein außerordentlich tiefes Barometerminimum verursacht worden, das von England her sehr schnell ostwärts vordrang, gestern früh sich schon in Dänemark befand und am Abend bis zur mittleren Ostsee weiterzog. Bei seiner Annäherung wehten hier noch milde Südwestwinde, die uns gestern Morgen eine vorübergehende Temperaturerhöhung brachten. Aber während des Vorüberzuges des Tiefs drehten sich die Winde plötzlich nach West und bis Nordwest. Bei diesem raschen Windwechsel trat plötzlich ein Gewitter ein, das mit einem kurzen, sehr schweren Regenguß verbunden war, und eine außerordentlich starke Abkühlung nach sich zog. Während die Winde dann im Laufe des Tages an Stärke mehr und mehr zunahmen, gingen die Temperaturen weiter zurück. Heute nacht sank das Thermometer bis auf 3 Grad über Null und auch am Morgen herrschten erst 4 Grad Celsius Wärme. Das Barometer ist jedoch jetzt in raschem Steigen begriffen, da von Westen dem Tief ein neues Hochgebiet zu folgen scheint. Die Winde haben schon abzunehmen begonnen. Es dürfte sich daher in nächster Zeit mehr und mehr aufklären, die Temperatur am Tage wieder etwas höher steigen, während, wenigstens außerhalb Berlins, gelinde Nachtfröste wahrscheinlich sind.

Berlin für Oberschlesien.

Am gestrigen Sonntag nachmittag fanden in allen größeren Orten des Deutschen Reiches Kundgebungen gegen die willkürliche Zerstückelung des ober-schlesischen Wirtschaftsgebietes statt. Sehr eindrucksvoll gestaltete sich der Protest, den die Groß-Berliner ober-schlesischen Verbände im Lustgarten veranstalteten. Trotz der beschränkten Propaganda infolge des Nichterscheinens des allergrößten Teiles der Berliner Presse und des sehr unangünstigen Wetters hatten sich etwa 10 000 Menschen eingefunden. Die ober-schlesischen Verbände waren wieder geschlossen aufmarschiert. Man sah sehr viele umflossene Fahnen in den ober-schlesischen Farben und Schilder mit kurzen, markanten Inschriften. Unter den Rednern waren Angehörige aller Parteien mit Ausnahme der Unabhängigen und der Kommunisten vertreten. Es sprachen u. a. Erwin Barth (SPD.), Wg. Minister a. D. Dietrich (DDP.), Wg. Rarecht (Dt. Vp.), Wg. Laverrenz (Dnat. Vp.) und aus Oberschlesien die Herren Lutzow, Sosnowski, Amtsgerichtsrat Dr. Dettlinger, Rosler, Lehrer Hoch usw.

Vor dem Denkmal Friedrich Wilhelms III. sprach der Mehrheitsvorsitz

Erwin Barth:

Die Entscheidung des Völkerbundes und der Botschafterkonferenz über Oberschlesien ist eine nackte Vergewaltigung des Versailler Friedensvertrages und der Gerechtigkeit, auf die sich die Entente-staaten unausgesetzt berufen. Diese Entscheidung ist mit dem Friedensvertrag nicht vereinbar. In Oberschlesien sind Menschen und wirtschaftliche Zusammenhänge nach Willkür auseinandergerissen, von einer Nationalität zur anderen verschoben worden wie Steine in einem Spiel. Darüber helfen auch die vielfarbigen Wälderchen der Übergangsbestimmungen nicht hinweg. Die Folgen hieraus für die deutsche Wirtschaft und für die Reparationsverpflichtungen Deutschlands gegenüber der Entente haben sich schon bemerkbar gemacht. Die Reichsmark ist auf 2% Friedenspfennig gesunken. Seit dem Juli ist infolge der Ungewissheit des ober-schlesischen Schutzbereiches die allgemeine Lebenshaltung in Deutschland um mehr als 50 Proz. verteuert worden. Die deutsche Arbeiterschaft kann und wird die Entscheidung des Völkerbundes nicht verstehen, denn — und das scheint man im Auslande ganz vergessen zu haben — die deutsche Arbeiterschaft hat es während des Krieges immer wieder betont, daß sie einen Frieden ohne Annexionen und Gebietsveränderungen verlange. Soviel steht fest, daß unter der ungewissen Drangsalierung des deutschen Volkes jeder künftigen Regierung die Verantwortung und die sichere Führung des Staates unmöglich wird. Unsere ober-schlesischen Brüder, die in ihrer über-großen Mehrheit jetzt Polen gepfercht worden sind, scheiden von uns. Wir sagen nicht für immer „Adé“. In jedem deutschen Herzen, auf jeder deutschen Zunge und auf jedem Gedächtnismerkmal in Deutschland wird das Wort „Denk an Oberschlesien!“ so lange unaussprechbar alljährlich Erinnerung fordern, bis das Unrecht an Ober-schlesien und am deutschen Volke wieder gutgemacht ist.

Der demokratische Redner, Minister a. D. Dietrich, sagte u. a.: Der Raub Oberschlesiens wird dem Deutschen Reich schwer schaden, aber der Entente gar nichts nützen, und schloß mit einem Appell an die Oberschlesier, treu zur deutschen Heimat zu stehen, die eines Tages ihnen wieder gehören wird. — Der Volksparteier Rarecht wies darauf hin, daß durch den Verlust der ober-schlesischen Industrie die deutsche Wirtschaft und das Finanzwesen von Reich und Staat in unheilvoller, vielleicht tödlicher Weise getroffen werde. Polen werde sich an keine Verträge halten. Diese ganze Entscheidung reißt die Welt weiter in den Strudel der Zerstörung der Weltwirtschaft hinein.

Als die Demonstranten auseinander gingen, ereigneten sich einige Zwischenfälle, die durch nationalitätliche Elemente hervorgerufen wurden. Mit Säcken und Schirmen wurde auf einen Menschen eingeschlagen, der einer religiösen Sekte angehörte und Fettel verteilt hatte, die vom „tausendjährigen Reich“ sprachen, und der plötzlich als Pole verdächtigt wurde. Frauen taten sich im gemeinen Schimpfen und Hehen besonders hervor, und nur mit Mühe und Not gelang es verständigen Menschen, den heulenden und geifernden Haufen zu hindern, den Kernstein in die Spree zu werfen. Immer wieder forderten nationalitätliche Strohmänner auf, den Mann ins Wasser zu werfen. Es gelang, ihn auf die Polizeimache in der Dresdener Straße in Sicherheit zu bringen. Leute, die zur Ruhe mahnten, wurden als Polen verdächtigt, überall war die nationalitätliche Propaganda eifrig tätig. Eine Anzahl Studenten zogen vor die polnische Botschaft, um dort in Hakenkreuzermanteln zu flanieren. Solche Vorkommnisse dienen der ober-schlesischen Sache in keiner Weise, und die organisierte Arbeiterschaft hat die Aufgabe, solche Treibereien energisch und entschlossen zurückzuweisen.

Die Sieben vom Wedding.

Amerikanische Wildwestzustände in Berlin.

Unangenehme Gäste hatten in der letzten Zeit wiederholt Bekanntschaft mit dem Beweis zu verfahren pflegt, wenn andere Wirtschaften mit Eintritt der Polizeistunde geschlossen haben. Es fehlten dort zu vorgerückter Zeit in geschlossener Truppe sieben Gäste, hienächstige Männer, etc., deren Kerker zu den anderen gar nicht paßt. Die

Wirte waren von dem Besuch wenig erbaut, mußten aber gute Miene zum bösen Spiel machen, und aufstehen, was die „herren“ nur verlangten. Einige Wirte wiesen ihnen, um die übrigen Gäste nicht einschüchtern zu lassen, sogar ein besonderes Zimmer an und ließen sie dort sehr aufmerksam bedienen. Von einem Bezahlen der Zechen war niemals die Rede. Wo ein Wirt, der noch nicht genügend Bescheid wußte, einmal schüchtern mochte, gab es Prügel statt Kassen-scheine. An mehreren Stellen brachen diese unangenehme Gäste zum Schluß mit den anderen auch noch einen Streit vom Zaun, um sie bei der Schlägerei auszuplündern. Ihre Rechnung, daß die Wirte sich scheuten, die Polizei zu holen, stimmte in den meisten Fällen. Wenn dennoch hier oder da einmal ein Beamter erschien, so war er gegen die bandenmäßige zusammenhaltenden Gäste, die meistens gleich bei ihrem Eintritt schon ihre Pistolen auf den Tisch gelegt hatten, machtlos. Manche Wirte gaben zu der Zechen den unbedienten Gästen noch bares Geld heraus, um sie ohne Störung wieder loszuwerden. Angegründete Gäste, die sich mit den sonderbaren „herren“ einließen, wurden nicht selten verschleppt und gründlich ausgeplündert.

Als Beamte der Streifmannschaft der Kriminalpolizei die Ermittlungen nach der Bande aufnahmen, erhielten sie Drohbriefe. Nunmehr ist es der Polizei gelungen, vier Mann der Bande einzeln festzunehmen, und zwar einen gewissen Fröh Werner mit dem Spitznamen „Baderfröh“, einen Gustav Gerlach, genannt „Hundegustav“, im „Augustkeller“ und die beiden Brüder Erich und Karl Schlemmer, dieser als „Borerlari“ bekannt. Die anderen drei, ein Friedrich Stein, dessen Bruder vor einiger Zeit erschossen wurde, ein Walter Günther und ein Hermann Stahl, genannt „Lodenecke“, werden noch gesucht. Alle sieben gehörten früher der gestrigen berüchtigten Weddinkafelone an. Weitere Ermittlungen über das Treiben der gefährlichen Gesellschaft und den Aufenthalt der drei gesuchten Verbrecher nimmt die Streifmannschaft der Kriminalpolizei im Berliner Polizeipräsidium entgegen.

Der Schrei nach der Wohnungsvertenerung.

Der Bund der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine veranstaltete am gestrigen Sonntag unter der Leitung seines Vorsitzenden Ladendorff in dem dicht besetzten Zirkus Busch eine Kundgebung.

Zunächst sprach Rechtsanwalt Dr. Lohd gegen die geplante Besteuerung durch eine neue preussische Grundsteuer und Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaues (Riesesteuer). Das Gesetz bestimme, daß jeder Mieter eine Abgabe nach dem Werte seiner Wohnung zu leisten habe und spreche die Veranlagung nach dem Gebäudewert aus. Es überlasse aber dem Hauseigentümer, wie er wieder zu seinem Gelde komme. (Wut-Rufe.) Wie die Grundsteuer auf den Mieter abgewälzt werden solle, darüber schweige sich der Entwurf aus. Schließlich werde der Hauseigentümer überhaupt nicht mehr zahlen können. (Stürmischer Beifall und Trampeln mit den Füßen. Rufe: Aufhebung der Zwangswirtschaft!)

Zweiter Redner war der Syndikus der Berliner Haus- und Grundbesitzervereine, Rechtsanwalt Walther, der sich „gegen das Unrecht der langfristigen und laufenden Mietverträge“ wandte. Er sprach von einem Kapitel ungesunder Gesetzes-moral und unverständiger Verwaltungspolitik, sowie von engherziger Politik gegen den Hauseigentümer, insbesondere auch über die „Jeweils-klausel“ in den Mietverträgen. Ueber diese könne das Miet-einigungsamt nicht entscheiden, das sei Sache der ordentlichen Gerichte. Der Ausbau der Höchstmietenordnung habe die Lage des Hauseigentümers noch wesentlich verschlimmert. (Stürmisches Fuß-getrampel.)

Dritter Redner war der Bundesvorsitzende, Landtagsabgeordnete Ladendorff. Dieser sprach über den Verfall der Wohnungen und Häuser. Der zehnte Teil des Volkes sei heute ohne eigenes Heim. Auf der einen Seite werde der behördliche Apparat immer größer, auf der anderen wachse in viel größerem Umfang die Zahl der Gauner und Schieber im Wohnungswesen. Von den Schiebern könne man Wohnungen erhalten, wenn es auf Geld dabei nicht ankomme. Welcher Wucher möglich sei, lehre folgendes:

Ein Hauseigentümer erhalte für alle Wohnungen seines Hauses 12 000 M. Die Mieter erhalten von ihren Mietern 60 000 M. Sechs Zimmer kosten einer Mieterin 4300 M. Sie hat diese bis auf einen kleinen Raum abvermietet für 63 000 M. Ein Laden in der Leipziger Straße wurde mit 4 000 000 M. angekauft, und das Personal, da es nicht ohne weiteres entlassen werden konnte, mit 200 000 M. entschädigt. Man werde solche Zustände der Korruption und berartigen Wucher doch unmöglich aufrecht erhalten können.

Der Häuserverfall sei bereits soweit vorgeschritten, daß durch den Abgang von Altwohnungen die Wohnungsnot sich zu einer unabsehbaren Katastrophe auszuwickeln werde. Die Instandhaltung sei eine Frage der Mieter, denn durch die Mietschuld könne die Herstellung erfolgen. Rur durch die freie Wirtschaft könne die Gründung eintreten. (Stürmischer Beifall und Rufe: Aufhebung der Zwangswirtschaft!) Drei Resolutionen, von denen die eine fordert, daß in der Mietschuld die Mittel für die Instandhaltung bewilligt werden sollen und Aufhebung der Zwangswirtschaft erfolgen soll, die zweite Aufhebung der langfristigen Mietverträge verlangt und die dritte auspricht, daß die Hauseigentümer abgeben, die geplanten Steuern von den Mietern einzuziehen, wurden ohne Gegen-stimmen angenommen.

Strafensperren. Die Kronenstraße zwischen Friedrich- und Charlottenstraße ist für die Dauer von drei Wochen wegen Ausführung von Kanalarbeiten für den Fußverkehrsverkehr gesperrt worden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Nachts sehr kühl, am Tage wieder etwas mäßiger, viel Wind, aber noch veränderlich bei langsam abnehmenden nordwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 23. Okt. Heute 7½ Uhr Frauenabend bei Taube, Müllerstr. 6a. Thema: „Bedeutung der Antikommunismuskonferenz.“ Referent Emil Buchholz.
- 24. und 25. Okt. Heute abend 7½ Uhr bei Winger, Charlottenburger, Ecke Wilmersstraße. Thema: „Der Zustand der politischen Aufklärung der Frau.“ Referent Willi Mühsen.
- 26. Okt. (Freier 3. Okt.). Heute abend 7½ Uhr Funktionärskonferenz bei Schlem, Charlottenstr. 8.
- 31. Okt. Charlottenburg, Dienstag, 25. Oktober, abend 7½ Uhr, bei Schbach, König-Altdorf-Str. 6. Funktionärskonferenz. Der wichtigste Tagesordnungspunkt ist es Pflicht aller Funktionäre, daran teilzunehmen.

Bewerkschaftsbewegung

Die Bewegung der Beamten.

Kein Tag vergeht ohne besorgniserregende Meldungen über die Bewegung der Beamten. Die letzte große Preissteigerung hat sie in besonders hohem Maße betroffen. Ueberall werden Forderungen nach neuen Verhandlungen gestellt, die dazu dienen sollen, das Einkommen der Beamten in Einklang zu bringen mit den augenblicklichen Kosten der Lebenshaltung. Die Erregung hat in den letzten Tagen ein solches Maß erreicht, daß es der Anspannung aller Kräfte bedurfte, um z. B. einen Streik der Lokomotivführer zu verhindern. Die Aussichten, so baldigen und erfolgreichen Verhandlungen zu kommen, waren nicht gering, als plötzlich der Rücktritt der Reichsregierung eine neue Situation schaffte.

In den maßgebenden Gewerkschaftskreisen sieht man recht besorgt auf die politischen Ereignisse. Man befürchtet, daß durch eine längere Dauer der Krise die Verhandlungsmöglichkeiten hinausgeschoben werden und die Unruhe unter der Beamenschaft sich

wieder stärker geltend macht. Eine längere Zeit ohne eine aktionsfähige Regierung wird in diesen Kreisen geradezu als verhängnisvoll betrachtet. Die Beamten fordern nun einmal unverzügliche und gründliche Hilfe. Ist schon die Verzögerung dieser notwendigen Hilfeleistung durch eine längere Regierungskrise geeignet, die eben gebannte Streitgefahr erneut heraufzubeschwören, so bedeutet eine Regierung, die sich ihrer Beamten und Arbeiter nicht mindestens ebenso wie die verflochten annimmt, geradezu eine Gefährdung erster Ordnung. Man muß sich in diesem Augenblick sehr klar darüber sein, daß die Beamten und Arbeiter der Republik ebenso wie jeder andere Arbeiter und Angestellte die Sicherung ihrer Existenz fordern. Sie werden ihr Recht zum Aben zu verteidigen wissen gegen jeden, der es ihnen strittig zu machen magt.

Kein Streik der Lokomotivführer.

Wie die B.Z. meldet, hat die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer sich in letzter Stunde dazu entschlossen, von einem Eintritt in den Streik abzusehen. Der Entschluß der Gewerkschaft kann nur begrüßt werden. Es wäre bei der jetzigen wirtschaftlichen und politischen Lage unverantwortlich gewesen, die Arbeit niederzulegen wegen einer Meinungsverschiedenheit über eine Frage, die seit Monaten bis in die letzten Tage den Gegenstand eingehender Verhandlungen mit der Regierung bildet. Es soll sich darum handeln, daß die Verwaltungen den Aufstieg von etwa 1000 Lokomotivführern aus Besoldungsgruppe VI nach Besoldungsgruppe VII in voller Uebereinstimmung mit der zuständigen Vertretung des gesamten Reichsbahnpersonals nur unter den gleichen Bedingungen zuzustimmen, wie sie für alle anderen Beamten auf gesetzlicher Grundlage vereinbart sind. Demgegenüber soll die Gewerkschaft die Forderung erhoben haben, daß den Lokomotivführern ohne Änderung ihrer Tätigkeit auf Grund einer erleichterten Prüfung eine Altersauf-rückung in die Besoldungsgruppe VII zugestanden werde. Diese Forderung ist mit dem Besoldungsgesetz unvereinbar, und ihre Erfüllung hätte zu unabsehbaren Verunsicherungen der übrigen Beamenschaft führen müssen.

Gewiß ist bei der wachsenden Geldentwertung die wirtschaftliche Lage der Lokomotivführer schwierig; aber die Not leidet nicht nur auf dieser Beamtenklasse, sondern auf allen Beamten. Wie ein Mitglied der preussischen Regierung bereits bekanntgegeben hat, ist deshalb auch die Reichsregierung entschlossen, die Besoldungsverhältnisse aller Beamten zu verbessern. Die vorbereitenden Arbeiten stehen, wie wir hören, vor ihrem Abschluß.

Einheitsgemeinde—Einheitsortsklasse.

Eine öffentliche Beamtenversammlung, einberufen vom Provinzialrat Berlin des Deutschen Beamtenbundes, protestierte am Sonntag in der „Neuen Welt“ gegen die in Aussicht genommene Einteilung Groß-Berlins in zwei Ortssklassen. Postinspektor Klatte (Spandau) berichtete über die bisherigen Verhandlungen und Besprechungen mit den maßgebenden Stellen und gab der Befürchtung Ausdruck, daß die Regierung sich nicht dazu aufgerafft habe, für das Stadtgebiet Groß-Berlins nur die Ortssklasse A gelten zu lassen. Ziegemeier teilte im Auftrag des Bundesvorstandes des Deutschen Beamtenbundes mit, daß dieser nach wie vor an der Forderung nach der einen Ortssklasse A für das gesamte Stadtgebiet Groß-Berlins festhalte. Auch Schowatter vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gab eine gleichartige Erklärung für den A.D.B. ab.

Einstimmig angenommen wurde eine den Forderungen der Redner entsprechende Resolution.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ohne Debatte eine Protestresolution gegen die Zerstückelung Oberschlesiens angenommen, die in dem Ergebnis auslief, gegen „diese Vergewaltigung in alle Zukunft zu protestieren, bis das beanagte Unrecht wieder gutgemacht wird.“ Luise Rieh, die als Vertreterin ihrer Fraktion wegen der Frage der Ortssklasseneinteilung anwesend war, hatte vor der Abstimmung das Wort zu der Oberschlesien-Resolution gewünscht, um ihre Gründe gegen deren Fassung geltend zu machen. Die Versammlung lehnte es mit großer Mehrheit ab, sie zu der Oberschlesien-Resolution sprechen zu lassen. Darauf verließ Frau Rieh den Saal.

Gewinn-Auszug

18. Preuß.-Südd. (244. Brou.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 8. Ziehungstag. 22. Oktober 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich große Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lotsen gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Lotterienummer	1. Gewinn	2. Gewinn
2 zu 500000 M 90118		
2 zu 160000 M 113998		
2 zu 100000 M 86606 353307 375806		
14 zu 50000 M 47273 91611 93273 102729 109198 200795 216431 102	zu 8000 12121 18172 18840 26378 34473 34653 84772 50587	zu 4000 60605 62290 62530 72994 80523 94626 108283 169736 110886 114548 115023 117987 127321 185003 185303 185048 177702 174704 177035 184337 184581 130465 191629 193419 196413 203568 203641 215000 219876 222628 230778 236336 244470 252759 254529 263200 265229 274432 279451 286950 290720 290030 30440 6446 5010 6503 7485 7906 8982 9023 13004 18202 18284 17776 18028 20536 20616 21927 22126 28150 28291 28951 28223 94380 39005 39481 41522 43056 43701 44831 46889 47734 53545 53871 54394 59835 60964 71256 71794 72044 72269 78578 77519 78410 80376 80969 85995 86828 96332 93303 90599 97432 98998 100287 102374 103504 105994 105054 109814 111430 112954 115894 117061 118254 118642 120659 121795 122414 123993 125493 126998 127112 131327 132902 133801 134308 136705 138992 139422 142639 142734 145411 143043 144491 146296 147860 148176 148275 149798 150526 160638 153348 154904 157836 159226 160810 161940 163071 168447 172905 173371 174848 178265 180721 183134 183405 184343 184710 185028 188749 189275 191271 191776 194130 196688 196873 198962 200148 201470 201605 204564 205781 209213 208555 210617 212114 212129 212653 212625 214097 214097 221243 223096 226585 228791 229274 230596 230441 232919 233910 234084 238793 237990 238728 241898 242508 247264 249285 249356 254985 268387 258823 250726 262597 268504 269647 273548 27466 278006 279703 275893 275873 277764 279029 281128 287486 288262 289269 287519 285133 286878 290430 291408 292143 293129 294032 295138 295785 297487 298410 299718

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

1 zu 80000 M 133988
1 zu 15000 M 299708
2 zu 10000 M 163946
20 zu 6000 M 4142 59528 70895 81876 107284 142411 149620 166761 180523 189189 226364 26477 364584
110 zu 3000 M 775 10348 23028 24083 26238 24473 47489 51826 84407 84591 85737 88324 90367 70763 78034 78876 77997 94551 100190 108590 113372 121556 126633 130682 140416 150942 162070 158580 187768 172702 177225 179907 191286 205941 202583 220203 221584 225563 220948 228145 230029 237104 237776 239998 249377 250778 285701 290522 286200 285468 285728 286122 293358 297089 298255 358 zu 1000 M 5389 4023 4188 7629 19301 10461 11627 12013 13220 15632 15949 16704 17638 18159 18555 21934 26587 27525 29113 36618 37341 37948 38281 38788 47639 40883 60478 52430 87975 58943 98612 59773 61137 63488 64784 65805 65677 71375 71460 71468 72790 78892 78418 85009 85065 89210 90040 90885 94432 96373 95072 90410 99427 99336 100717 100718 101910 104633 106755 106934 109216 109740 110002 110953 111290 112311 113170 113329 114321 116803 117621 118125 120051 120058 120092 126926 127668 129665 132967 139519 140028 141296 142818 143452 143890 143977 144107 144502 144893 147489 147718 147788 149575 160581 182594 182906 184283 184621 186730 176653 192046 190078 197443 200090 201191 203448 204658 207210 207458 207590 208046 208828 208876 208999 209789 214186 216801 217964 219110 220116 221481 221794 222290 224237 237843 239983 248221 249032 252098 252980 257440 254405 264828 265872 268514 268582 269603 269653 270778 271382 274805 275550 275637 280726 281019 281618 282527 284558 284958 290187 291004 291550 291906 292191 292944 297003 297489 297715

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den kantonalen Lotteriestellen zum unmittelbaren Einzug ausfließen.

